

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Zeile oder deren Raum 40 Hfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Hfg., auswärtsige Anzeigen 45 Hfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 147.

Mittwoch, den 26. Juni 1918.

25. Jahrg.

Die ausbleibende Hilfe für die Kriegsoffer.

Viele schöne Worte für die Opfer des Krieges und daneben die nackte Feststellung des Genossen Bauer, daß die Kriegswitwen und Kriegsbeschädigten die einzigen Rentenbezieher sind, die trotz der Kriegsnot keine Teuerungszulage erhalten, das ist das Fazit der Reichstags-Sitzung, die sich mit den Kriegsoffern zu beschäftigen hatte. Man hat sich wieder einmal der am schwersten getroffenen Opfer des Krieges erinnert, um wieder einmal zu konstatieren, daß ihnen trotz aller schönen Verheißungen im allgemeinen sehr schlecht geht.

Freilich den Reichstag selber trifft hieran die geringere Schuld, wenn man ihn auch von dem Vorwurf mangelnder Energie zur Durchsetzung seiner wiederholt aufgestellten Forderungen nicht ganz freisprechen kann. Aber der konservative Abg. v. Winterfeld hat ganz richtig betont, daß eine Vorlage der Regierung, welche die sofortige Rentenerhöhung für Kriegswitwen und Kriegsbeschädigte vorsieht, die einstimmige Zustimmung des Reichstages finden würde.

Aber die Regierung kommt nicht mit diesem Entwurf. Sie kündigt an und wieder an, aber zu der erwarteten Handlung rafft sie sich nicht auf. Mittlerweile nagen viele tausend Kriegsbeschädigte und Kriegswitwen am Hungertuch. Genosse Bauer hat mit Recht darauf hingewiesen, wie schnell die Regierung mit ein paar hundert Millionen für Frühdruschprämien bei der Hand ist, wie zögernd sie sich aber gegenüber den Kriegswitwen und Kriegsbeschädigten verhält. Der psychologische Zusammenhang ist gar nicht schwer zu erfassen, er soll hier einmal ganz offen dargelegt werden.

Der Landwirt, dem die Frühdruschprämie geboten wird, hat sein Getreide in der Hand. Ob er es hergibt oder nicht, das liegt zunächst noch in seinem Belieben, und er stellt sich auf den Standpunkt: Keine Leistungen ohne Gegenleistungen.

Der Kriegsbeschädigte aber hat schon alles hingeggeben, was nur irgendwie von ihm verlangt werden konnte. Er hat Arm und Bein geopfert, ohne nach der Gegenleistung zu fragen, im Vertrauen auf den vorhergehenden Dank des Vaterlandes. Jetzt ist der arme Teufel zu nichts mehr nütze und kommt nun, den versprochenen Dank abzuholen. Die Mittel aber sind knapp, Geld ist wenig vorhanden. Hier steht der Bauer, von dem für das Geld etwas Wichtiges zu haben ist, dort der Kriegsbeschädigte, der seinen Nutzen mehr verprießt, so groß auch der Wert seines Opfers war. Aber dieses Opfer ist gebracht und unwiderruflich. Wie nahelegend, daß man das Vorhandene zunächst dem gibt, der dafür mit einer Gegenleistung aufwartet und dann erst, falls noch etwas übrig bleiben sollte, an den denkt, dessen Leistung man schon längst verzehrt und verdaut hat. Wer bezahlt gern eine Hotelrechnung aus dem vorigen Jahre, wenn auch vielleicht der damalige Kuraufenthalt seine Lebensrettung gewesen ist? Sicher hebt man sich das Geld auf für die Badereise, die man heuer unternehmen will. Nicht schön, aber menschlich.

Mit dieser Darstellung wollen wir niemand einen persönlichen Vorwurf machen. Es versteht sich, daß unsere Behörden, selbst die Finanzminister, als einzelne, als Menschen besser und gerechter denken. Aber doch ist das der tatsächliche psychologische Zusammenhang, warum so viel für andere Zwecke und so wenig für die Kriegsoffer ausgegeben wird.

Bei der versagenden Staatshilfe gewinnt die private Sammelerei eine unverdiente Bedeutung. Alle Beteuerungen, daß man dem Staate seine Verpflichtungen nicht abnehmen wolle, sind hinfällig, solange von Staats wegen nicht das Notwendige geschieht. Darauf, daß diese Sammelerei etwas Beschämendes an sich trägt, namentlich auch für die, zu deren Gunsten gesammelt wird, ist hier schon hingewiesen worden. Jetzt aber stellt sich auch die Gefahr ein, daß die gesammelten oder von Staats wegen zur Verfügung gestellten Fonds zu Korruptionsfonds werden. Es ist an sich nichts dagegen einzuwenden, daß die Sammeltätigkeit vereinheitlicht und damit unfaulberer Elementen, die unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit ihren Profit suchen, das Handwerk gelegt wird. Aber wenn zu diesem Zwecke gewissen Sammlungen eine halbamtliche und monopolartige Stellung eingeräumt wird, so ist notwendig, daß deren Leitung in absolut unparteiischen und vertrauenswürdigen Händen liegt.

Das ist aber nur bei den Sammlungen für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten der Fall. Dagegen hat man merkwürdigerweise bei der Sammlung zugunsten sonstiger ins Unglück geratener Kriegsteilnehmer einen anderen Weg eingeschlagen. Man hat diese Sammlung nicht, wie die beiden andern, einem unparteiischen Ausschuss unterstellt, sondern einer als politische Kampforganisation bisher unheimlich bekannten Körperschaft: den Kriegserben. Dreihundert Millionen Reichsmark sollen diesen von Reichswegen zur Gründung eines „Reichskriegerbanks“ zur Verfügung gestellt worden sein. Man fragt sich erkant, wie denn eine solche Dotierung ohne Zustimmung des Reichstages möglich ist.

Wie die Kriegervereine die Stiftung zu verwalten gedenken, darüber macht soeben ihr geschäftsführender Vorsitzender, Geheimrat Westphal, im roten „Tag“ sehr interessante Angaben. Die Kriegervereine beanspruchen in allen leitenden und verwaltenden Organen der Stiftung die Hälfte der Vertreter, die andere Hälfte wollen sie gütigst Behörden, privaten Organisationen und Arbeitervertretungen einräumen. Der beherrschende Einfluß der Kriegervereine ist damit in allen Organen gesichert, die übrigen zugezogenen Vertreter stellen lediglich eine Dekoration nach außen hin dar.

Wie diese Stiftung arbeiten wird, das ist trotz aller gegenteiligen Versicherungen im voraus zu ersehen: Jeder Bittsteller wird zunächst befragt werden, ob er auch Mitglied eines Kriegervereins ist. Man steht zwar in den Satzungen der Stiftung, daß sie auch Nichtkriegervereinsmitgliedern helfen will. Aber da sich jeder Bittsteller an die Kriegervereine wenden muß, so ergibt sich naturgemäß taufendfach Gelegenheit, so lange auf ihm herumzujagen, bis er Kriegervereinsmitglied geworden ist. Mit der Bittsteller aber rückgratig und tritt nicht bei, nun, so braucht man ihn ja nicht ins Gesicht zu jagen, daß er deswegen abgewiesen wird. Es gibt da tausenderlei andere Vorwände, wie mangelnde Mittel usw.

Weiter: Die Kriegervereine führen einen erlitterten Kampf gegen die Sozialdemokratie. Ihr Beschluß, künftig auch Sozialdemokraten aufzunehmen, ist durch die angeknüpften Bedingungen, monarchischer Gesinnung usw., so deutlich als ein Scheinmanöver charakterisiert, daß selbst der Zentrumsgewählte Wiesberts stark bezweifelte, ob es den Kriegervereinen mit ihrer neuerdings proklamierten Neutralität ernst sei. Zahllose Mitglieder sind jedenfalls vor dem Kriege von den Kriegervereinen wegen Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder Konsumgenossenschaft ausgeschlossen worden. Wenn diese jetzt als Kriegsteilnehmer in Not geraten, so mütet man ihnen die Charakterlosigkeit zu, sich bittlichend an dieselben Leute zu wenden, von denen sie ehemals wie Aussätzige hinausgewiesen worden sind! Man schafft also eine Stiftung für Kriegsteilnehmer, von deren Genus Sozialdemokraten praktisch ausgeschlossen sind. Und dazu gibt der Staat dreihundert Millionen!

Dieser ganze Reichskriegerbau wird in der Hand der Kriegervereine nichts werden als ein politischer Korruptionsfond. Zuwendungen aus ihm werden erhalten: Konservative Wähler, Mitglieder gelber Arbeitervereine, Streikbrecher und wer sich sonst als Staatsstöße ausweisen kann. Dem irgendwelcher oppositioneller Neigungen verdächtigen Hilfsbedürftigen aber wird man die Tür vor der Nase zuschlagen.

Die Übertragung dieses Fonds an die Kriegervereine ist ein öffentlicher Skandal. Schrieb doch selbst die schweizerische „Reinlich-Westfälische Zeitung“ vor einigen Wochen, daß die Kriegsteilnehmer für das ganze Treiben der Kriegervereine nichts übrig hätten, daß sie „in einem weiten Bogen um die Kriegervereine“ machen würden. Aber wohl gerade, um das zu vermeiden, ist die ganze Sache inzeniert worden.

Der Reichstag sollte sich mit dieser Schaffung eines politischen Korruptionsfonds etwas ernüchtert befassen. Auch manchem bürgerlichen Politiker, der jetzt nichts ahnt, werden vielleicht später die Augen übergehen. Die Stiftungen zugunsten der Kriegsoffer dürfen auf keinen Fall politische Kampfmittel werden.

Kanzler und Kühlmann in der Kriegsdebatte.

Wenn wir der Vermutung Ausdruck gegeben haben, daß die scharfe Anti-Kühlmannrede des Grafen Westarp in der Montag-Sitzung des Reichstages der weiteren Debatte noch viel Anlaß zur Beschäftigung geben dürfte, so hat schon der Beginn der Dienstag-Sitzung dies bestätigt. Ob es nur die Rede des Grafen Westarp oder auch die Angriffe der Nationalisten-Prese oder schließlich andere Faktoren gewesen sind, die den Reichskanzler und Herrn v. Kühlmann zu so rascher Erwiderung veranlaßten, kann man nicht genau wissen; eigentlich müßte es doch erstaunlich sein, wenn der Rede des Vertreters einer im Reichstage selbst ziemlich bedeutungslosen Fraktion solches Gewicht beigegeben würde. Aber immerhin — der Reichskanzler und Herr v. Kühlmann sprachen. Die Rede des Grafen Herling hat kaum etwas Neues; nach der Haltung Wilsons habe es keinen Zweck, immer wieder die Friedensbereitschaft zu betonen. Deutschland müsse eben den aufgezogenen Verteidigungskrieg, an dessen Ausbruch es errolfenermaßen schuldlos sei, erfolgreich weiter führen und um den Ausgang brauche ihm nicht bange zu sein. Immerhin brachte er den Kühlmannjüngern die kleine Genußtafel, jede Erörterung der Schuldfrage als überflüssig zu bezeichnen. Dann erhob sich der Staatssekretär, um ebenfalls ruhig, fast gleichgültig, und jedenfalls recht unbewegt, dem Grafen Westarp zu erwidern. Er tat dies mit dem Stenogramm der Westarpischen Rede in der Hand, Punkt für Punkt und immer wieder betont, daß er keineswegs das gesagt habe, was der kon-

servative Redner aus seiner Rede herausgehört hatte. Die ausschlaggebende Bedeutung des militärischen Erfolges für die Herbeiführung von Friedensverhandlungen habe er tags zuvor durchaus anerkannt und herabgehoben.

Wenn der Staatssekretär geglaubt haben sollte, mit diesem wenig imponierenden einem Rückzug sehr ähnlich sehenden Eingehen auf die konservativen Wünsche seine Gegner zu entwaffnen, so hatte er sich darin, wie gleich die Rede des Nationalliberalen Dr. Stresemann zeigte, gründlich geirrt. Da man diesem bei aller wasserfallartigen Redeschwindigkeit und Geläufigkeit aber immerhin gewiß nicht zu unterschätzenden Politiker doch nicht zutrauen darf, daß er etwa eine vorher ausgearbeitete Rede auf alle Fälle hinunterraffen wollte, ohne Rücksicht auf das, was sich inzwischen begab, so kann man nur sagen, daß trotz der zweiten Kühlmannrede die Angriffe Stresemanns an äußerster Heftigkeit nichts mehr übrig gelassen haben. Die Anhänger des Gewaltfriedens wollen Kühlmann weg haben, das steht fest.

Außerdem sprachen in der Sitzung der Fortschrittler Naumann, dessen rednerisch so ungemein ansprechende Art doch nie recht den Eindruck eines klaren politischen Willens macht, der Unabhängige Sozialdemokrat Hasse, dem das Verhalten der Reichsregierung und die Inzulagen auf dem Boden des Ohnmachts entstandenen Zustände und vorgekommenen Ereignisse Stoff zu schneidender Kritik gaben und für die deutsche Fraktion der antikenische Oberlehrer Dr. Werner-Gieseler, der aber jetzt im Kriege nie so recht nach Herzenslust in die Fußstapfen Ulmer und Stöckers treten kann.

Am Mittwoch soll diese Debatte zu Ende gehen.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

WZB. Berlin, 25. Juni, abends. (Amtlich.)
Von den Kampfzonen nichts Neues.

Die Kämpfe in Italien.

Österreichisch-ungarischer Bericht.

Wien, 25. Juni. (Amtlich.)

Gestern war die Gebirgsfront zwischen Udine und der Piave wieder der Schauplatz heftiger Kämpfe. Der Feind bot alles an, um die am 15. Juni verlorenen Höhenstellungen zurückzuerobern. Auf dem Monte di Val Sella, Coladol Rosso, Molone, Solerobis und Monte Verica wurde während des größeren Teils des Tages erbittert gerungen. Die Italiener wurden überall, an mehreren Stellen durch Gegenstöße zurückgeworfen. Die vorliegenden Meldungen schildern das über alles Lob erhabene Verhalten der in den Kämpfen beteiligten Infanterie und Artillerie und erwähnen besonders die Infanterieregimenter 9 (Gallizier), 53 (Kroater), 114 (Ober- und Nieder-Oesterreicher), 130 (Schlesier) und kaisertumhergekommen. Im Montello-Gebiet und südlich davon fühlt der Feind mit Kavallerie an der Piave vor. Im Raume von San Dona hatten die den Überwechsel unserer Divisionen stützenden Deckungstruppen in den letzten Tagen starke Angriffe abzuwehren. Unsere Bewegungen verminderten sich hier planmäßig und ohne Verlust an Kriegsgüter durchgeführt zu werden. Seit dem 15. Juni rückte der Italiener über 50 000 Mann an Geirangenen ein, darunter 1100 Offiziere. Die Gesamtverluste des Feindes sind bei neuester Schätzung auf über 150 000 Mann zu berechnen.

Italienischer Heresbericht

vom 24. Juni. Der gestrige Tag krönt unseren Sieg. Angelehnt an die Piave in dem Raum, der mehr und mehr zusammenstürzt und unter dem mächtigen Druck unserer Truppen und Angriffen ohne Unterlaß von unserer Artillerie und unserer Fliegern begriffen der Feind, nachdem er sich acht Tage lang verzweifelt um den Preis nutzloser Opfer auf dem rechten Flußufer hielt, in der Nacht vom 23. Juni auf das linke Flußufer zurückzugehen. Der Übergang vollzog sich unter dem mörderischen Feuer unserer Streitkräfte. Er legte sich während des gestrigen Tages unter dem Schutze einer starken Maschinengewehrartillerie und von Deckungstruppen fort, die nach hartnäckigem Widerstande nach und nach von unseren siegreichen Truppen zurückgedrängt wurden. Der Montello und das ganze rechte Piave-Ufer, mit Ausnahme eines sehr kurzen Abschnittes bei Ruffio, wo der Kampf noch andauert, sind wieder voll in unserem Besitze. Bis jetzt zählten wir mehr als 4000 Gefangene. Ungeheure Beute an Waffen und Kriegsgüter fiel in unsere Hand. Eine außerordentlich große Zahl toter Oesterreicher bedeckt das Kampfgelände und zeugt von der erfolglosen Tapferkeit und der großen Niederlage des Gegners.

Katholische Friedensbewegungen in der Schweiz.

Die Schweizerische Depeschen-Agentur meldet: Das hiesige katholische Friedensinstitut für Völkerverständigung hat dem Bundesrat eine ausführliche Bittschrift eingereicht mit dem Vorbitrage, den ersten Schritt zugunsten des Friedens zu tun oder den etwaigen Schritt anderer neutraler Staaten zu unterstützen. Das Institut hält den psychologischen Moment für solchen Versuch für gekommen.

Das Reden will nicht enden.

Wenn der Krieg durch Reden beendet werden könnte, dann wäre er schon längst vorbei! Denn was alles von den verschiedensten Seiten während dieser unheiligen Kriegszeit geredet worden ist, kann als unermesslich bezeichnet werden.

Eine stürmische Sowjetführung.

Der tschecho-slowakische Aufbruch war nach einer Etappe von vier Wochen eingetragener Permutationen in der Petersburger Sowjetregierung vom 15. Juni.

Die Antilowwerte und die Bolschewiki.

Bei den Sowjetwahlen in den Antilowwerten (in denen unlangst gestreift wurde, was als ein Zeichen des Verfalls der bolschewistischen Macht angesehen wurde) siegten die Bolschewiki.

Wahltag der Bolschewiki in Petersburg.

Das bisherige Ergebnis der Wahlen in Petersburg ist folgendes: 122 Bolschewiki, 9 Links-Sozial-Revolutionäre und 1 Oberst.

Die Lage in Russland.

Ist im Innern nach wie vor kritisch. Der Großfürst Michail ist aus Perm geflohen. Eine Abstellung angeblicher Roter Garabanden entführte den Großfürsten im Kraftwagen unter Verletzung eines gefälligen Sowjetbefehls.



richten über die Bewegung für die Abtrennung von Russland und Autonomie. In Omsk soll Großfürst Michail an der Spitze der Gegenrevolutionäre ein Manifest an das russische Volk erlassen haben.

In einem Anruf des Rates der Volksbeauftragten von Moskau heißt es: Es ist unmöglich, die Macht der Sowjets vor der Hungersnot kapitulieren zu lassen.

Die Kämpfe zwischen Sowjet-Truppen und Tscheko-Slawaken gehen weiter. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur ist Sjeran von den Tscheken und der Weissen Garde besetzt worden.

Der Stab der gegen den Donaufstand gesandten Sowjettruppen befindet sich, wie die Presse meldet, in Alexikow, an der Bahn Vorislaglesk-Zarijn.

Rumänische Brutalität.

Der Moskauer 'Pisicrod' (Vorwärts), das Organ der Menschewiki, berichtet: Bei Bender (Bessarabien) wurden aus dem Infanterie 13 weibliche Leichen gezogen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 26. Juni. (Amtlich.) Neue U-Bootsverluste im Sperrgebiet um England. 18.800 Brutto-Registertonnen. Von den verletzten Schiffen wurden drei bewaffnete Dampfer an der Ostküste Englands aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Nachrichten.

Die Ratifikationsurkunden zu den zwischen Deutschland und Finnland abgeschlossenen Verträgen sind im Auswärtigen Amt in Berlin ausgetauscht.

Der Handelsverkehr zwischen der Ukraine und Russland ist wieder aufgenommen worden.

Die Ententetruppen antworteten auf die Note Tschitscherins, daß sie ihre Schiffe aus den russischen Häfen nicht entfernen können.

Bolschewische Rundschau.

Deutschland.

Wieder ein 'Vorwärts'-Verbot.

Die Abgeordneten Stüdlin und Scheidemann haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Der Stellvertreter kommandierende General des 2. Armee-Korps, von Bietinghoff, hat durch eine Verfügung vom 19. Mai 1918 das Halten des 'Vorwärts' für sämtliche Lazarette seines Befehlsbereichs verboten.

In dem Herrn Reichsminister dieses Vorgehen des Generals v. Bietinghoff bekannt und ist er bereit, die Aufhebung dieser Verfügung herbeizuführen?

Die Angliederung Birkensfelds an Preußen.

wird endlich erlangen. Sie liegt im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des kleinen Fürstentums, das zum Großherzogtum Oldenburg gehört, aber mental von diesem, im Südwesten des Reiches liegt. Von Oldenburg ist das

Birkensfeld erst in fast einer ganzen Schnellzugstagereweise zu erreichen. In diesen Tagen beschäftigte sich in Oberstein, der 'Hauptstadt' Birkensfelds, eine Parteiversammlung mit dieser Frage.

Der rumänische Friedensvertrag vor dem Haushaltsauschuß.

Der Haushaltsauschuß trat am Montag in die Beratung des rumänischen Friedensvertrages ein, und zwar in der Form, daß zunächst eine Generaldebatte stattfand; die wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen werden besonders erörtert.

Staatssekretär v. Kühlmann machte zunächst vertrauliche Mitteilungen über die rumänische Königsfrage und die Stellung der Parteien in Rumänien. Die Aussprache über diesen Teil der Rede des Staatssekretärs wurde gleichfalls vertraulich gepflogen.

Staatssekretär v. Kühlmann bespricht dann die einzelnen Teile des Friedensvertrages. Oesterreich-Ungarn hatte das Recht, den Schutz seiner Grenzen zu fordern, und Bulgarien konnte nicht verwehrt werden, seine nationalen Ansprüche zu befriedigen.

Ungarn hat die Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei auszugleichen und die Grenzverbesserungen an der ungarischen Grenze sind ohne erhebliche Bedeutung und tragen nur der Notwendigkeit Rechnung. Nur etwa 20.000 Menschen kommen unter ungarischer Herrschaft.

Ungarn hat die Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei auszugleichen und die Grenzverbesserungen an der ungarischen Grenze sind ohne erhebliche Bedeutung und tragen nur der Notwendigkeit Rechnung. Nur etwa 20.000 Menschen kommen unter ungarischer Herrschaft.

Ernährungsfragen.

Warum es an Fett mangelt?

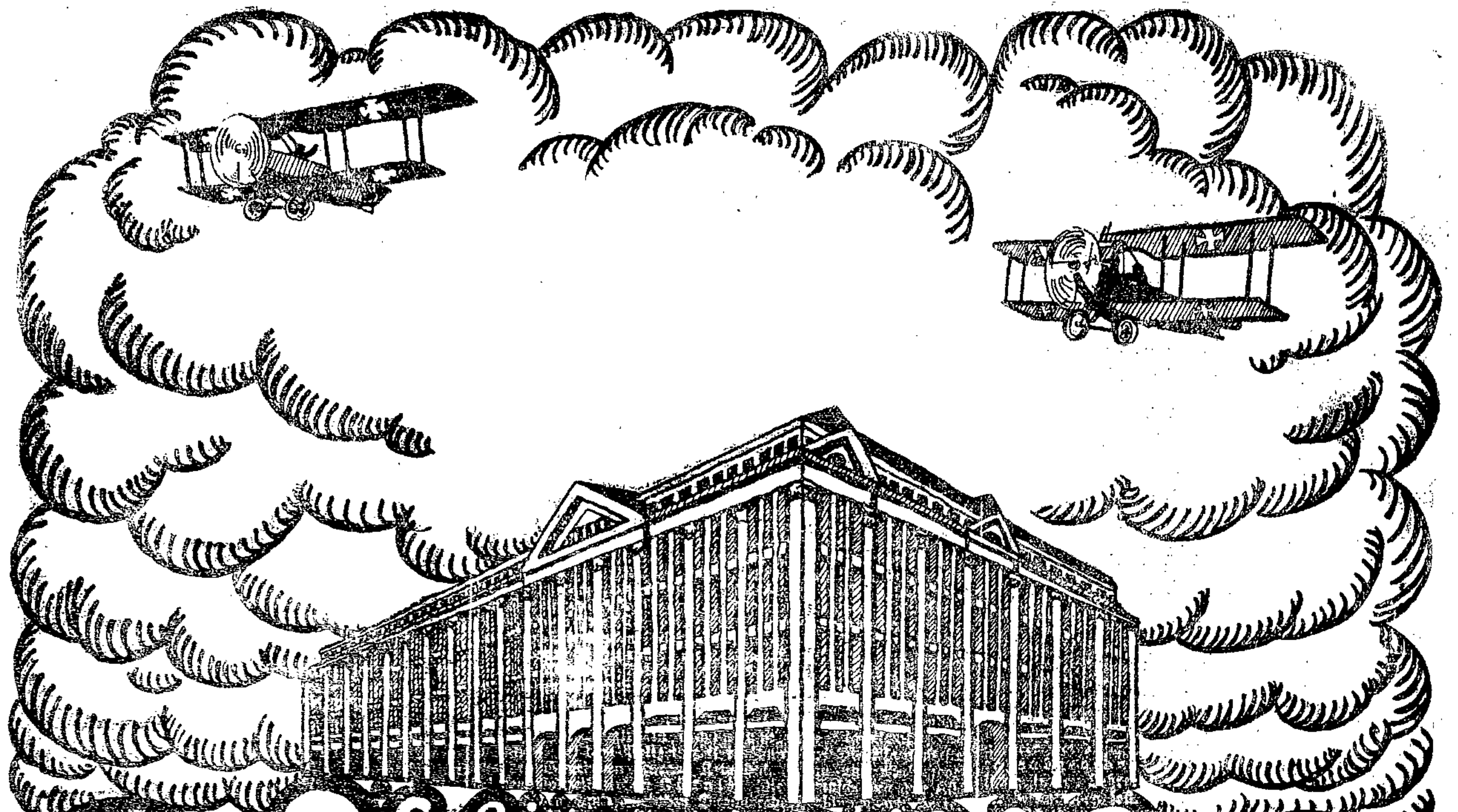
Im 'Siegburger Kreisblatt' (Nr. 71) erklärt der Landrat eine Bekanntmachung, der wir folgende bezeichnende Stellen entnehmen:

'Der Kreis hat durch Anstellung von Revisoren und Hilfspolizeibeamten sowie durch Einleitung umfangreicher Erfassungsmassnahmen seinerseits alles Mögliche getan, um die Landwirte zur Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht anzuhalten.

In dem Kreise mit dieser rentierten Landbevölkerung befinden sich Orte mit starker Munitionsindustrie, so z. B. Siegburg und Troisdorf, wo die Fettabgabe wesentlich eingeschränkt werden mußte.

Die Erhöhung der Getreidepreise.

Die vorhergehenden Genüsse, die einen Ausgleich für die Vertiefung der Brotkrone bringen sollten, sind zwar vorläufig ausgeblieben, denn trotz allen Aufwandes an Papier und Druckerfröhen merken die städtischen Verbraucher bisher nichts von Frühgemüse und Obst.



Ein Stückpunkt

für das kaufende Publikum ist und bleibt mein großes Haus mit seinen gewaltigen Warenlagern. Ein jeder Interessent überzeuge sich von der unübertroffenen Auswahl, der Güte und Preiswürdigkeit der in meinen ca. 50 Spezial-Abteilungen vorhandenen Waren.

Kudolph Karstadt Lübeck

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle
findet statt am Donnerstag, dem 27. Juni 1918, vormittags von 7 bis 12 Uhr auf Abschnitt 3 der Knochenzugskarten Nr. 6001 bis 7000.
Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.
Lübeck, den 25. Juni 1918.

Das Polizeiamt.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anlässlich unserer silbernen Hochzeit danken herzlich
Karl Frieburg u. Frau,
9009) sch. Schönbaum.

Kaufverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Um die zur Verteilung gelangenden Waren unseren wertigen Mitgliedern ohne Störung weiterliefern zu können, bitten wir die neuen Lebensmittellistenhefte in der Zeit vom 26. Juni bis 1. Juli 1918 in unseren Warenabgabestellen anzunehmen.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. Juli 1917 bis 31. März 1918 sind in den Wagen der Lübecker Straßenbahn nachbenannte Gegenstände herrenlos aufgefunden und abgeliefert worden:
ca. 150 Herren- und Damen-
sätrime,
ca. 25 Spazierstöcke,
ca. 50 Portemonnaies,
ca. 150 Paar Handschuhe,
ca. 85 Sandriemen,
ca. 100 Pakete mit verschiede-
nem Inhalt, Frühstücks-
tischen, die, Pöcher, Anker,
Säulen, Schmuckstücken,
Säulen, Beschlägen etc.
Die Einsparungsbehörden wer-
den aufgefordert, ihre Rechte
binnen 5 Wochen, vom Tage
dieser Bekanntmachung an ge-
rechtet, bei der unterzeichneten
Verwaltung anzumelden.
Nach Ablauf vorannannter
Zeit erlöscht die öffentliche Ver-
steigerung der Gegenstände. (9008)
Lübeck, den 25. Juni 1918.
Lübecker Straßenbahn.

Glasarbeiten
aller Art off.
D. Juchacz, Glasbläser,
Meinshausstr. 25, Fernr. 2816

Der neue Kriegs-Atlas

bedeutend erweitert, jetzt
66 Karten von allen Kriegs-
schauplätzen sowie von
den neugebildeten Staaten
im Osten ist wieder vor-
rätig.
Preis Mk. 1.50.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.



**Besichtigung der Kunstaus-
stellung in der Katharinen-
kirche**
Freitag, d. 28. Juni, nachmitt.
Gegen Vorzeigung der Mitglieds-
karte haben die Mitglieder freien
Eintritt.
Der Vorstand.

HANSA-THEATER.

Operetten-Gastspiel.
Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 Uhr: (9007)
Neu! Zum ersten Male: Neu!
Schwarzwaldmädel.
Operette in 3 Akten. Musik von Léon-Jessel.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“
Johannisstraße 46.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Stanistaus Fuchs
3008
Mittwoch, den 26. Juni 1918:
Der fidele Bauer
Operette von Leo Fall.
Donnerstag, d. 27. Juni 1918:
Auf vielfachen Wunsch:
Der Vogelhändler.
Operette von Karl Zeller.
Freitag, den 28. Juni 1918:
Die fünf Frankfurter.
Lustspiel von Carl Rößler.
Anfang der Vorstellungen
8 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. Juni 1918.

180. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Hertling, v. Bayer, v. Kühnmann.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Schmitt-Würzburg (Soz.) weist darauf hin, daß in gewissen Teilen Süddeutschlands, die zu den Hauptbrennstoffproduktionsstätten verkehrsungünstig liegen...

Ein Regierungsvertreter legt, auf der Tribüne verständlich, die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen dar.

Oberrt v. Franseki, daß, falls dies zutreffen sollte, strenge Bestrafung der Schuldigen gefordert werden würde.

Abg. Doermann (Wp.) fragt an, ob den deutschen Lehrern in Lodo das Schulpostrecht gewährt werden könne.

Abg. Schiele (R.) wünscht, daß während der Erntezeit Landleute nicht mehr zum Heeresdienst einberufen werden.

Abg. Bißun: Da wir die allgemeine Wehrpflicht haben, kann nicht eine ganze Berufsgruppe zurückgestellt werden.

Stat des Reichstanzlers und des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Reichstanzler Graf Hertling: Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, in diese Aussprache einzugreifen.

Rosi Zurflüß.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr. 18. Fortsetzung.

Der arme Pfarrer hatte am folgenden Tage einen schweren Abend im Kiti durchgemacht. Er mußte mit ansehen, wie glücklich der Ruodi war...

Eine zufällige Wendung des Gesprächs hatte es an diesem Abend gefügt, daß die Rede auf das anrüchliche Ehepaar in der Höllenschwäz kam...

seitdem insbesondere aus Amerika zu Gehör gekommen sind. Diese Auslassungen haben ja in wirklich erschütternder Deutlichkeit erkennen lassen...

Ich habe es dagegen für durchaus angemessen gehalten, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Mittelungen über die Einzelheiten unserer politischen Lage im Osten von Finnland bis zum Schwarzen Meer hier machte...

Staatsekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühnmann: Graf Westarp hat am Schluß der gestrigen Verhandlungen...

Preis heute noch ein Telegramm ausgeben. was es mit dieser mysteriösen Talerrolle für eine Verbindung habe. Allein selbst der reibliche Pflichterfüller kann nicht immer, was er will...

Ich bin auch der Meinung, daß der Staatssekretär sich dieser Aufgabe durchaus sachgemäß entledigt hat. Dagegen haben einige seiner Äußerungen, wie ich zu meinem Bedauern feststellen muß, in weiten Kreisen eine mehr oder weniger unerfreuliche Aufnahme erfahren.

